Übung im Strafrecht für Fortgeschrittene

6. Besprechungsfall

T ist Unternehmer und betreibt einen Internetversandhandel für Bücher und Antiquitäten. Die Zahlungen seiner Kunden werden üblicherweise im sog. Lastschriftverfahren per Einzugsermächtigung abgewickelt. Da die Geschäfte in letzter Zeit schleppend laufen, ersinnt er folgendes Geschäftsmodell: Er teilt seiner kontoführenden Bank (B-Bank) mit, er habe von Kunden die Ermächtigung zum Einzug von Forderungen aus Kaufverträgen erhalten, und bittet um Durchführung der Lastschrift. Die B-Bank führt aufgrund seiner Anweisung die Lastschrift durch, ohne einen schriftlichen Nachweis über das Vorliegen der Einzugsermächtigung zu verlangen. T hatte zwar von seinen Kunden tatsächlich eine Einzugsermächtigung erhalten, jedoch war diese nur zum Zwecke des Einzugs noch offener Kaufpreisforderungen erteilt worden. Die Forderungen, die T gegenüber der B-Bank als Grund für den Einzug angab, bestanden tatsächlich nicht, da sie von den Kunden bereits beglichen waren. Auf diese Weise hat er in zehn Fällen Erfolg und erlangt insgesamt 500 € von Kunden der C-Bank, so dass sein Kontoguthaben auf 3.500 € steigt.

Überwältigt vom sichtbaren Erfolg der Taten auf seinem Konto macht T sich auf die Suche nach EC-Karten-Belegen in Supermärkten, die Kunden bei Einkäufen liegen gelassen haben. Die aus den Belegen ersichtlichen Kontodaten und Namen der Kontoinhaber verwendet er in mehreren tausend Fällen zur Durchführung von Einzugsverfahren unter Beteiligung der D-Bank in der oben beschriebenen Weise. T rechnet zwar damit, dass die betroffenen Personen Widerspruch gegen die Abbuchungen einlegen werden und dass sein Bankguthaben zur Befriedigung eventueller Rücklastschriften nicht ausreichen wird, hofft aber darauf, dass aufgrund der geringen Beträge, die er abbuchen lässt, so wenige Widersprüche erhoben werden, dass sich die Tat für ihn noch lohnt. Um sein Vermögen jedoch vor dem Zugriff der Bank zu sichern, hat er vor dem Beginn dieses Geschehens sein Konto bis zur Kreditlinie überzogen und verwendet nun die einkommenden Geldbeträge zur Tilgung dieses negativen Saldos.

Die Kunden des T erheben alle innerhalb der sechswöchigen Frist Widerspruch gegen die Abbuchung und erhalten eine Rückbuchung, die die B-Bank leistet. Von den anderen Betroffenen legen

1.000 Kunden der D-Bank Widerspruch ein, so dass sich diese Regressforderungen in Höhe von 5.000 € ausgesetzt sieht, die T nicht befriedigen kann, weil sein Bankguthaben nicht ausreicht.

Kurze Zeit später versendet T an mehrere Kunden aus seiner Kundenkartei Waren, die sie nicht bestellt haben. T verspricht sich aber, dass die betroffenen Kunden die gesendeten Waren dennoch kaufen werden. Auch Privatkunde K erhält ein Päckchen mit einem antiquarischen Buch. In einem mitgeschickten Schreiben bedankt sich T für das in ihn gesetzte Vertrauen und unterbreitet K mit dem zugesendeten Buch ein besonderes Angebot, das er nur treuen Geschäftskunden machen könne. Auch ist darin vermerkt, dass K das Buch bei Nichtgefallen auf Kosten des T zurückschicken kann. T versendet das Buch gemeinsam mit einer alten Ansichtskarte, die K vor einiger Zeit bei ihm bestellt hat. An die Bestellung der Ansichtskarte, die noch nicht bezahlt ist und unter Eigentumsvorbehalt geliefert wird, kann sich der sehr vergessliche K aber nicht erinnern. Er meint, dass er überhaupt nichts bei T bestellt hätte. K geht davon aus, dass er mit Waren, die ihm unbestellt zugesandt werden, nach Belieben verfahren darf und dabei keinen Ansprüchen des Versenders ausgesetzt sei. Da ihm die Ansichtskarte nicht zusagt, zerreißt und entsorgt er sie. Das Buch dagegen bietet er seinem Freund F zum Kauf an. Diesem erklärt K, dass es seine Großmutter auf dem Dachboden gefunden und ihn beauftragt habe, es in ihrem Namen zu verkaufen. F glaubt dem K und zahlt ihm dafür einen adäquaten Kaufpreis in Höhe von 200 €.

Da der Geburtstag seiner Tochter ansteht und er ihrem Wunsch nach einem Mobiltelefon der neuen Generation nachkommen will, sucht T zudem einen großen Elektronikmarkt in seiner Nähe auf. Mit einer Packung CD-Rohlinge, einem USB-Kabel und dem gewünschten Mobiltelefon im Einkaufskorb begibt sich T im Geschäft zum Kassenbereich. Dort nutzt er eine der neu eingerichteten Selbstbedienungskassen des Marktes, bei der die Kunden die Waren selbst mit einem Handscangerät einscannen und sie anschließend unter Verwendung ihrer EC-Karte im Wege des Lastschriftverfahrens bezahlen. T scannt die CD-Rohlinge und das USB-Kabel an der Kasse ordnungsgemäß ein. Hinsichtlich des Mobiltelefons täuscht er jedoch den Scanvorgang lediglich vor, indem er den Scanner nur neben den Strichcode hält. Daraufhin schiebt er seine EC-Karte – für ein anderes Konto, das über ein hinreichendes Guthaben verfügt – in das Kartenlesegerät, tippt seine Geheimzahl ein und bezahlt damit die CD-Rohlinge und das USB-Kabel. Anschließend packt T die Sachen in eine Einkaufstüte und verlässt den Kassenbereich. Die Angestellte A, die die Selbstbedienungskassen beaufsichtigt sowie die Kunden bei der Kassenbedienung betreut, hatte T bei dessen Scan- und Bezahlvorgang flüchtig beobachtet; ihr war an dem Verhalten des T nichts Ungewöhnliches aufgefallen. Auch D, der Detektiv des Marktes, verfolgte via Kamera das Geschehen an den Scannern.

Auch er hatte das Handeln des T zwar nicht durchschaut, entschließt sich jedoch zu einer verdachtsunabhängigen Routinekontrolle. Kurz vor dem Ausgang packt er T von hinten am Arm und hält ihn fest, um ihn am Verlassen des Geschäftes zu hindern und anschließend zu kontrollieren. D meint, dass er als Detektiv zur Durchführung solcher Maßnahmen auch ohne konkrete Verdachtsmomente befugt sei. T, der D bereits hinter sich bemerkt hatte, versetzt ihm daraufhin einen kräftigen Schlag in die Magengegend und ergreift die Flucht.

Wie haben sich T, K und D nach dem Strafgesetzbuch strafbar gemacht?

Bearbeitervermerk: Das Lastschriftverfahren funktioniert auf Grund einer Vereinbarung zwischen verschiedenen Bankenverbänden (Abkommen über den Lastschriftverkehr vom 1.2.2002) wie folgt: Derjenige, dem die Einzugsermächtigung erteilt worden ist (Gläubiger), wendet sich an seine kontoführende Bank (sog. erste Inkassostelle). Dieser Bank teilt er mit, dass er zum Einzug eines bestimmten Geldbetrages einmalig oder in bestimmten zeitlichen Abständen durch den Kontoinhaber eines Kontos (Schuldner) bei derselben oder einer anderen Bank (Zahlstelle) ermächtigt wurde. Die erste Inkassostelle nimmt nun über ein Computersystem Kontakt zu der Zahlstelle auf. Über das Computersystem wird dann mitgeteilt, dass die Abbuchung von der Zahlstelle auf das Konto bei der ersten Inkassostelle erfolgen soll. Die Anweisung, die die erste Inkassostelle gibt, wird von Seiten der Zahlstelle nicht auf ihre inhaltliche Richtigkeit oder ihre Berechtigung hin überprüft.

Die Vorlage einer Urkunde über die Einzugsermächtigung verlangt das Abkommen über den Lastschriftverkehr in Fällen wie dem vorliegenden vom Gläubiger nicht. In jedem Fall ist jedoch ein Rückruf der Lastschrift per Einzugsermächtigung möglich. Bei Rückruf und bei Verletzung ihrer abkommensspezifischen Pflichten haftet die erste Inkassostelle, wenn eine Rückbuchung vom Konto des Gläubigers mangels Deckung nicht möglich ist (Nummer 5 des Abkommens).

In zivilrechtlicher Hinsicht ist zu beachten, dass der Gläubiger seinen Anspruch auf Auszahlung erst mit der Einlösung der Lastschrift, durch Buchung und Genehmigung durch den Schuldner erlangt.